

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	15
Einleitung	19
Teil 1: Bisherige Modelle des Statusübergangs	21
A. Die Sechser-Gemeinschaft „im Übergang“	21
I. Vom subsidiären Arbeitsmarktzugangsrecht zur vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit	21
1. Die VO Nr. 15 und das subsidiäre Arbeitsmarktzugangsrecht	21
2. Die VO Nr. 38 und die Arbeitsmarktschutzklausel	22
3. Die VO (EWG) Nr. 1612/68 und das uneingeschränkte Freizügigkeitsrecht für Arbeitnehmer	23
4. Die Richtlinie 2004/38/EG und die Freizügigkeitsrechte für die Unionsbürger	24
II. Entstehung der sozialrechtlichen Flankierung der Arbeitnehmerfreizügigkeit	26
1. Die Verordnungen Nr. 3 und 4 über die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer	26
2. Die Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und Nr. 574/72	27
3. Weitere Entwicklungen der EG-Sozialrechtskoordinierung	27
B. Großbritannien, Irland und Dänemark	29
I. Rechtsstatus der Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen vor dem EWG-Beitritt der Nordstaaten	30
1. Der aufenthalts- und arbeitsrechtliche Status	30
2. Der sozialrechtliche Status der Arbeitnehmer	32
3. Der sozialrechtliche Status der Arbeitslosen	33
II. Änderungen des Rechtsstatus mit dem EWG-Beitritt	34
1. Politischer Kontext der Norderweiterung	34
2. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	35
3. Der sozialrechtliche Status	37
4. Auswirkungen des EWG-Beitritts Dänemarks auf den Nordischen Arbeitsmarkt	39
III. Zusammenfassung	40
C. Griechenland	41
I. Rechtsstatus der Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen vor dem EWG-Beitritt	41
1. Assoziierung Griechenlands an die EWG	41
2. Bedeutung des Assoziierungsabkommens für den Rechtsstatus griechischer Arbeitnehmer im EWG-Raum	42

3.	Der Rechtsstatus griechischer Arbeitnehmer nach den völkerrechtlichen Abkommen und dem nationalen Ausländerrecht am Beispiel der BRD	44
3.1	Einreise- und Aufenthaltsrechte	44
3.2	Der arbeitsrechtliche Status	46
3.3	Der sozialrechtliche Status	47
II.	Rechtsstatus der Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen unter dem Übergangsregime nach dem EWG-Beitritt	48
1.	Politischer Kontext des Beitritts	48
2.	Differenzierungen im aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Status	50
2.1	Rechtsstatus einwanderungswilliger Arbeitnehmer	50
2.2	Grenzen der nationalen Beschränkungen beim Zugang zum EWG-Arbeitsmarkt	51
2.3	Arbeitsrechtliche Gleichbehandlung der im EWG-Raum ansässigen Arbeitnehmer	52
2.4	Das Verbleiberecht	53
3.	Rechtsstatus der Familienangehörigen	54
4.	Differenzierung der Familienleistungen	55
III.	Zusammenfassung	56
D.	Spanien und Portugal	57
I.	Rechtsstatus der Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen vor dem EWG-Beitritt	58
1.	Einreise- und Aufenthaltsrechte	58
2.	Der arbeitsrechtliche Status	59
3.	Der sozialrechtliche Status	60
4.	Arbeits- und sozialrechtliche Besserstellung portugiesischer Arbeitnehmer nach dem Zusatzprotokoll zum Freihandelsabkommen Portugal - EWG	61
II.	Rechtsstatus der Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen unter dem Übergangsregime nach dem EWG-Beitritt	64
1.	Die Verhandlungen im Bereich „Arbeitnehmerfreizügigkeit“	64
2.	Einreise und Zugang zum Arbeitsmarkt	65
3.	Der arbeitsrechtliche Status	66
4.	Das Verbleiberecht	67
5.	Der Rechtsstatus der Familienangehörigen	67
6.	Der sozialrechtliche Status	68
7.	Bedeutung der Arbeitsmarktschutzklausel für Luxemburg	69
8.	Flexibilisierung der Übergangsfristen für Spanien/Portugal	70
III.	Zusammenfassung	71
E.	Österreich, Schweden und Finnland	72
I.	Rechtsstatus der Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen vor dem EU-Beitritt	74
1.	Der aufenthalts- und arbeitsrechtliche Status	74

2. Der sozialrechtliche Status der Arbeitnehmer	75
3. Der sozialrechtliche Status der arbeitslosen Arbeitnehmer	76
4. Materiellrechtliche Änderungen im Status durch die Teilnahme am EWR	77
II. Auswirkungen des EU-Beitritts auf den Rechtsstatus der Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen	77
III. Zusammenfassung	79
Teil 2: Derzeitige Modelle des Statusübergangs	81
A. Mittel- und osteuropäische Länder (MOEL) am Beispiel Polens	81
I. Rechtsstatus der Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen vor dem EU-Beitritt	81
1. Das Europa-Abkommen mit Polen (EAP)	81
1.1 Der Rechtscharakter des EAP	81
1.2 Der aufenthalts- und arbeitsrechtliche Status der Arbeitnehmer nach dem EAP	83
1.2.1 Einreise und Zugang zum Arbeitsmarkt	83
1.2.2 Arbeitsrechte	85
1.2.3 Schranken der eingeräumten Rechte	87
1.2.4 Unmittelbare Anwendbarkeit der arbeitsrechtlichen Bestimmungen des EAP	89
1.2.5 Bedeutung der neuesten Rechtsprechung des EuGH für den Rechtsstatus der Arbeitnehmer	91
1.3 Der sozialrechtliche Status der Arbeitnehmer	92
1.3.1 Die Reichweite der sozialrechtlichen Regelungen des EAP	92
1.3.2 Unmittelbare Anwendbarkeit der sozialrechtlichen Regelungen des EAP	93
1.3.3 Vorschlag der Kommission für einen Assoziationsratsbeschluss zur Annahme von Vorschriften zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit	94
1.3.4 Das Verhältnis der sozialrechtlichen Bestimmungen des EAP zu den bilateralen Sozialversicherungsabkommen	95
1.4 Der Rechtsstatus der Familienangehörigen	95
2. Besonderheiten des Rechtsstatus der Arbeitnehmer nach den völkerrechtlichen Abkommen am Beispiel der deutsch-polnischen Abkommen	97
2.1 Werkvertragsvereinbarungen	97
2.1.1 Aufenthalts- und Arbeitsrechte der Werkvertragsarbeitnehmer	97
2.1.2 Sozialrechte der Werkvertragsarbeitnehmer	99
2.2 Saisonarbeitnehmer-Vermittlungsabsprachen	101
2.2.1 Aufenthalts- und Arbeitsrechte der Saisonarbeitnehmer	101
2.2.2 Sozialrechte der Saisonarbeitnehmer	102
2.3 Gastarbeitnehmervereinbarungen	102
2.3.1 Aufenthalts- und Arbeitsrechte der Gastarbeitnehmer	102
2.3.2 Sozialrechte der Gastarbeitnehmer	104
2.4 Besonderheiten der rechtlichen Situation der Grenzgänger nach dem deutschen Recht	104

2.4.1	Der aufenthalts- und arbeitsrechtliche Status	104
2.4.2	Der sozialrechtliche Status	105
2.5	Die Soziale Sicherheit der Arbeitnehmer nach dem Regime der bilateralen Sozialversicherungsabkommen	105
2.5.1	Das Entsendeabkommen vom 25.04.1973	105
2.5.2	Das Eingliederungsprinzip nach dem Abkommen vom 09.10.1975	106
2.5.3	Das Exportprinzip nach dem Sozialversicherungsabkommen vom 08.12.1990	107
2.5.4	Die neuesten Sozialversicherungsabkommen mit MOEL	109
2.6	Die Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Arbeit, Arbeitsförderung und Sozialpolitik	110
3.	Schlussfolgerungen	110
II.	Rechtsstatus der Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen unter dem Übergangsregime nach dem EU-Beitritt	113
1.	Notwendigkeit freizügigkeitsbezogener Übergangsmaßnahmen aus wirtschaftspolitischer Perspektive	113
1.1	Szenarien der Inanspruchnahme der Wanderungsrechte durch die Arbeitnehmer aus MOEL	114
1.2	Wirtschaftliche Determinanten der Arbeitskräftewanderung aus MOEL	115
1.2.1	Wanderungszwänge	116
1.2.2	Wanderungsanreize	118
1.2.3	Wanderungsbarrieren	119
1.2.3.1	Rechtliche Bedingungen der Wanderung	119
1.2.3.2	Beschäftigungschancen im Zielland	120
1.2.3.3	Soziokulturelle Barrieren	120
1.3.	Arbeitsmarktpolitische Auswirkungen der Arbeitskräftewanderung aus MOEL	121
1.4.	Nebeneffekte der Arbeitskräftewanderung aus MOEL auf die sozialen Sicherheitssysteme	123
1.5.	Bewertung möglicher Steuerungskonzepte aus wirtschaftspolitischer Perspektive	126
1.5.1	Langer oder zeitlich unbegrenzter Aufschub des Arbeitsmarktzugangs	126
1.5.2	Keine oder möglichst kurze Übergangsfristen	127
1.5.3	Kontingentierung der Zuwanderung	128
1.5.4	Sicherheitsklauseln	129
1.5.5	„Selektiv verzögerte Integration“ in Systeme sozialer Sicherheit	129
1.6	Schlussfolgerungen	132
2.	Aufnahme von MOEL in die EU: Politische und rechtliche Rahmenbedingungen für den Rechtsstatus der Arbeitnehmer	135
2.1.	Beitrittsfähigkeit der MOEL	135
2.2	Prinzipien der Beitrittsverhandlungen	136
2.3	Beitrittsverhandlungen im Kapitel „Freizügigkeit der Arbeitnehmer“	137

2.3.1	Die Haltung der „alten“ Mitgliedstaaten	137
2.3.2	Die Haltung der Europäischen Institutionen	139
2.3.3	Die Haltung der Beitrittskandidatenländer	141
2.4	Legislativverfahren	142
2.5	Ratifizierungsverfahren	143
2.6	Aufbau des Beitrittsvertrags	145
2.7	Übersicht über die Ausgestaltung des „2+3+2 Übergangsmodells“ im Kapitel „Freizügigkeit der Arbeitnehmer“	146
2.8	Das „2+3+2 Übergangsmodell“ als Übergangsregelung	147
2.9	Konformität des „2+3+2 Übergangsmodells“ mit den Rechtmäßigkeitsanforderungen des EG-Rechts	148
2.10	Schlussfolgerungen	150
3.	Aufenthalts-, arbeits- und sozialrechtlicher Status der Arbeitnehmer nach dem „2+3+2 Übergangsmodell“	153
3.1	Einreise, Aufenthalt und Zugang zur Erwerbstätigkeit in den Ländern ohne Übergangsregelungen	154
3.2	Rechtslage unter Übergangsregelungen am Beispiel Deutschlands	155
3.2.1	Einreise, Aufenthalt und Zugang zum Arbeitsmarkt	155
3.2.2	Grundsatz präferenzzieller Behandlung einwanderungswilliger Arbeitnehmer	160
3.2.3	Verbot der Schlechterstellung der Arbeitnehmer beim Arbeitsmarktzugang	161
3.2.4	Rechtsstatus rechtmäßig zugelassener Arbeitnehmer am Beispiel Deutschlands	161
3.2.5	Das Verbleiberecht	163
3.2.6	Rechtsstatus der aufgrund von bilateralen Arbeitsverträgen zugelassenen Arbeitnehmer	164
3.2.7	Rechtsstatus der Familienangehörigen	166
3.3	Der sozialrechtliche Status der Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen	168
3.3.1	Der vereinbarte Status-Quo im sozialrechtlichen Bereich	169
3.3.2	Verbot der Schlechterstellung im sozialrechtlichen Status	170
3.3.3	Beschränkungen bei der Anwendung der gemeinschaftsrechtlichen Sozialkoordinierungsregeln	172
3.3.4	Räumlicher Anwendungsbereich des sozialrechtlichen Schutzes	172
3.3.5	Sachlicher Anwendungsbereich des sozialrechtlichen Schutzes	173
3.3.6	Zugang der Familienangehörigen zu den Familienleistungen	173
3.3.7	Krankenversicherungsschutz	174
3.3.8	Arbeitslosenschutz	175
3.3.9	Rentenversicherungsschutz	177
3.4	Schlussfolgerungen: Rechtsstatus nach dem „2+3+2 Übergangsmodell“	177
3.4.1	Formen des Arbeitnehmerstatus	177
3.4.2	Der dynamische Charakter der Unionsbürgerschaft	178
3.4.3	Bedeutung der Unionsbürgerschaft für die Arbeitnehmerfreizügigkeit	181

3.4.4 Formen des Arbeitnehmerstatus versus das Institut der Unionsbürgerschaft	182
III. Zusammenfassung	184
B. Besondere Form des Statusübergangs ohne Übergangsregelungen: Malta und Zypern	185
I. Rechtsstatus der Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen vor dem EU-Beitritt	185
II. Rechtsstatus der Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen nach dem EU-Beitritt	186
III. Zusammenfassung	188
Teil 3: Materiellrechtliche Änderungen im Rechtsstatus der Arbeitnehmer ohne Übergang im Rechtsstatus	189
A. Das EWR-Abkommen	189
I. Rechtscharakter des EWR-Abkommens und Rechtsstatus der Arbeitnehmer	189
1. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	189
2. Der sozialrechtliche Status der Arbeitnehmer	191
3. Rechtsstatus der Familienangehörigen	192
4. Anwendbarkeit der Bestimmungen des EWR-Abkommens	193
II. Zusammenfassung	193
B. Das Freizügigkeitsabkommen EU-Schweiz	194
I. Rechtslage vor dem Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens	194
II. Auswirkungen des Freizügigkeitsabkommens auf den Rechtsstatus der Arbeitnehmer	196
1. Rechtscharakter des Freizügigkeitsabkommens	196
2. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	197
2.1 Das Einreiserecht	198
2.2 Das Aufenthaltsrecht und Zugang zum Arbeitsmarkt	198
2.2.1 Zeitliche Einschränkungen im Zugang zum Arbeitsmarkt	198
2.2.2 Abstufungen im Aufenthaltsrecht der Arbeitnehmer	200
2.2.3 Das Aufenthaltsrecht der Personen auf Stellensuche und der Arbeitslosen	201
2.2.4 Das Aufenthaltsrecht abhängig beschäftigter Grenzgänger	202
2.3 Aufenthaltsbegleitende Rechte rechtmäßig ansässiger Arbeitnehmer (Inländergleichbehandlung)	202
2.4 Das Verbleiberecht	204
3. Der sozialrechtliche Status der Arbeitnehmer	204
4. Rechtsstatus der Familienangehörigen	206
5. Anwendbarkeit der Bestimmungen des Freizügigkeitsabkommens	207
III. Zusammenfassung	208

Zusammenfassung	211
Tabellarische Darstellung der Modelle des Statusübergangs	214
Ausblick	216
Literaturverzeichnis	219
Quellenverzeichnis	233